

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum  
**23.11.2011**  
Ausschussbetreuender Fachbereich  
**Umwelt und Technik**  
Schriftführung  
Meike Lachmann  
Telefon-Nr.  
**02202-141461**

## **Niederschrift**

**Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr**  
**Sitzung am Donnerstag, 29.09.2011**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr – 21:01 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **A Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 06.07.2011 - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 06.07.2011 -öffentlicher Teil-  
0455/2011**
- 4 Mitteilungen des Vorsitzenden**

- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters**
  
- 6 **Sanierungskonzept Straßen**  
*0453/2011*
  
- 7 **Freiraumkonzept Bergisch Gladbach**  
*0445/2011*
  
- 8 **Regionale 2010, Gestaltung des öffentlichen Raums - Stadtmitte West: Beschluss zu den Baumstandorten**  
*0366/2011*
  
- 9 **Regionale 2010, Gestaltung des öffentlichen Raums - Stadtmitte West: Beschluss der Ausstattungselemente**  
*0451/2011*
  
- 10 **Regionale 2010, Gestaltung des öffentlichen Raums - Stadtmitte Ost: Beschluss der Ausstattungselemente**  
*0458/2011*
  
- 11 **Maßnahmebeschluss über die mit EFRE geförderten Maßnahmen in Herrenstrunden im Rahmen des Regionale 2010 Projektes - RegioGrün " Entlang der Strunde" -**  
*0460/2011*
  
- 12 **Aufhebung der Sondernutzungssatzung-Wahlsichtwerbung**  
*0447/2011*
  
- 13 **III. Nachtragssatzung zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen -Sondernutzungssatzung-**  
*0452/2011*
  
- 13.1 **Neuregelung der Nachtflugbeschränkungen am Flughafen Köln/ Bonn, Kernruhezeit im Passagierflugverkehr**  
*0478/2011*
  
- 14 **Anträge der Fraktionen**
- 14.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 02.05.2011 auf freies Parken für Elektroautos**  
*0443/2011*

- 14.2** Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.06.2011 für Radfahrer die Befahrung der Laurentiusstraße in beide Richtungen in voller Länge zu erlauben  
*0462/2011*
- 14.3** Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.06.2011 bei der Neuregelung der Fahrtrichtung in der Straße Vollmühlenweg dafür zu sorgen, dass Radfahrer die Straße in beide Richtungen befahren können  
*0442/2011*
- 15** Anfragen der Mitglieder
- 15.1** Anfrage des Stadtverordneten Herrn Dr. Ulrich Steffen vom 19.08.2011 zur Radwegführung im Westen der Innenstadt  
*0454/2011*
- 15.2** Anfrage des Stadtverordneten Herrn Dr. Ulrich Steffen vom 29.08.2011 über Anrampungen auf Höhe der Geschäftseingänge in der neu gestalteten Hauptstraße  
*0441/2011*

## Protokollierung

### A Öffentlicher Teil

#### 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Günter Ziffus, begrüßt die anwesenden Teilnehmer der 12. Sitzung des Ausschusses in der achten Wahlperiode und eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungs- sowie fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist.

#### 2 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 06.07.2011 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 06.07.2011 – öffentlicher Teil – wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

#### 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am 06.07.2011 -öffentlicher Teil- 0455/2011

Herr Ziffus erkundigt sich zum TOP A 8, ob es ein Ergebnis zu dem Gespräch mit der Unteren Wasserbehörde gebe.

Herr Kremer berichtet, dass die Untere Wasserbehörde erst noch auf eine Aussage der KVB zu ihren Baumaßnahmen warten möchte, da sie dazu bisher nur mündliche Informationen gegeben habe. Sobald das Schreiben der Unteren Wasserbehörde vorliege, werde er das im Ausschuss bekannt geben.

Im Übrigen wird der Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 06.07.2011 – öffentlicher Teil – vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

#### 4 Mitteilungen des Vorsitzenden

Der Vorsitzende trägt vor, dass dieser Ausschuss im besonderen Maße Konfliktpotentiale berge. So müsse der Ausschuss momentan unter einem von der Verwaltung aufgebauten Zeitdruck über die Ausstattung der Fußgängerzone in Bergisch Gladbach entscheiden. Aus diesem Grunde weist der Vorsitzende auf die Möglichkeiten und Grenzen der Rechte der Mitglieder hin. Er kündigt an, jeden Druck an die Mitglieder des Ausschusses durch einen Ordnungsruf oder bei mehreren Ermahnungen durch Entzug des Rederechtes zum Tagesordnungspunkt zu unterbinden.

*Hinweis: Die Einzelheiten der Ansprache können aus dem als Anlage beigefügten Schreiben des Vorsitzenden entnommen werden.*

In einer zweiten Mitteilung zitiert der Vorsitzende Herrn Steingass, der bezüglich der Baumwahl „Acer platanoides Deborah“ Bedenken geäußert habe. So neige der Baum dazu, in reiferen Jahren sein starkes Wurzelwerk in horizontaler Richtung auszubreiten und dadurch jeden Oberflächenbelag

zu zerstören. Er sei extrem anfällig für Pilzbefall, der sich bei reiferen Bäumen und relativ dichter Bepflanzung auf den gesamten Bestand übertragen würde. Des Weiteren verliere der Baum im Herbst über viele Wochen seine Blätter. Als Letztes könne es durch die tiefrote bis braune Farbe des Laubes in Verbindung mit der vorgesehenen dunklen Pflasterung zu einer drückenden Wirkung kommen.

## **5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

Herr Schmickler kündigt an, dass Anfang Oktober eine Baumaßnahme im Bereich der Handstraße anstünde. Deswegen würde es in der Handstraße vorübergehend eine Einbahnstraßenregelung stadtauswärts geben. Der stadteinwärts fahrende Verkehr würde über die Dellbrücker Straße geleitet. Der Zeitraum der Maßnahme sei mit 3 Wochen angesetzt.

Er erzählt in dem Zusammenhang von einem Telefonat mit einem Anwohner der Kempener Straße, der ihm gegenüber geäußert habe, dass er sehr zufrieden mit der Baumaßnahme in der Kempener Straße, der Koordinierung der städtischen Kolleginnen und Kollegen und der Baufirma sei und dankbar dafür, dass die Straße in Stand gesetzt werde, obwohl dort gewisse Zugeständnisse der Nachbarschaft für das Gelingen der Maßnahme von Nöten gewesen seien.

Als abschließende Mitteilung spricht er die gesetzlichen Änderungen im Bereich der Radwegebenutzungspflicht an. Als Konsequenz sei die Verwaltung angehalten, die zwingende Benutzungspflicht mancher Radwege (dargestellt durch Verkehrsschilder) aufzuheben. Dies würde mit ergänzenden Maßnahmen vollzogen, damit den Fahrradfahrern deutlich bliebe, dass der Radweg weiterhin zur Benutzung zur Verfügung stehe und nur nicht mehr zwingend genutzt werden müsse. Wichtig sei hierbei, dass der Radweg weiter als solcher von Fußgängern und Autofahrern respektiert werde.

## **6 Sanierungskonzept Straßen** *0453/2011*

Herr Ziffus verweist eingangs auf die Winterschäden, die den Straßen gerade in den letzten beiden Jahren zugesetzt hätten. Der Nachholbedarf bei der Straßenunterhaltung habe damit noch mehr zugenommen, wie es auch in der Vorlage festgehalten sei.

Herr Kamp begrüßt, dass die Verwaltung sich Gedanken mache, wie die Schäden zu beheben seien. Er fragt an, ob die bereitgestellten Mittel in Höhe von 1,2 Millionen aus dem Landesetat stammen und wie viel Tonnen Kaltasphalt in diesem Jahr verbaut würden. Außerdem möchte er wissen, wie viel städtische Mitarbeiter beim Ausbessern der Winterschäden eingesetzt worden seien und wie viel eine Tonne Kaltasphalt koste. Ferner fragt er nach einer Kostengegenüberstellung zwischen einer Reparatur und einer Neuasphaltierung einer Straße.

Herr Hardt kündigt eine detaillierte Stellungnahme schriftlich an. Bei den eingesetzten Mitteln habe es sich letztlich um Eigenmittel der Stadt Bergisch Gladbach gehandelt.

Herr Mömkes verweist auf die Vorlage, wonach der Schwerpunkt der Baumaßnahmen in den kommenden Jahren in Refrath, Kippekausen und Frankenforst liegen werde. Er möchte wissen, wie dies exakt zeitlich einzuordnen sei. Es würde gerade im genannten Bereich auf die Fertigstellung von mehreren Straßen gewartet werden, bei denen die Kanalsanierung schon stattgefunden habe. Außerdem würde auch auf die Sanierung von Straßen gewartet werden, die schon seit mindestens 20 Jahren immer wieder angemahnt worden seien. Er nannte konkret die Straßen Om Rodde und Niedenhof.

Herr Ziffus möchte ergänzend wissen, welche Auswirkungen sich durch die Neuinvestitionen auf die Abschreibungen ergäben.

Herr Hardt verweist auf die Vielzahl der in Refrath anstehenden Straßenerneuerungen. Daher könnten mit den derzeit zur Verfügung stehenden Mitteln in den beiden kommenden Jahren nicht alle Maßnahmen abgearbeitet werden. Einzelne Straßen seien schon seit Jahren im Straßenbauprogramm geführt. Konkret in den nächsten beiden Jahren könnten die Maßnahmen Neuer Trassweg und An der Wallburg angegangen werden, bei denen jetzt noch einige Restarbeiten durch das Abwasserwerk anstünden. Voraussetzung hierfür sei, dass Termine der Einzelsatzungen nach § 61 LWG eingehalten würden bzw. weitere Einzelsatzungen beschlossen würden.

Herr Mömkes verweist auf die bereits in der Vergangenheit gefassten Beschlüsse zu den Einzelmaßnahmen mit Einzelsatzung. Er fordert die Verwaltung konkret auf, deutlich auf eine schnellere Abwicklung der Einzelmaßnahmen zu drängen.

Herr Hardt bekräftigt, aus der Sicht des Straßenbaues eine möglichst zügige Abwicklung anzustreben. Durch die Abhängigkeit von den Vorarbeiten wäre man darauf angewiesen, dass im Infrastrukturausschuss weitere Beschlüsse zu Einzelsatzungen gefasst würden.

Herr Klein fragt nach, was darunter zu verstehen sei, eine Straße in einen mittelfristig ausreichenden Zustand zu bringen, vor allem vor dem Hintergrund der Eingriffe durch Kanalbauarbeiten, wodurch der Straßenzustand immer wieder aufs Neue geschwächt würde.

Herr Hardt verweist auf die Klassifizierung der Straßen, die sich an den Schulnoten orientiere. Die mittelfristige Planung laufe über fünf bis zehn Jahre. Leider seien durch die begrenzten Mittel die Ansprüche so reduziert, dass man mittelfristig in fünf bis zehn Jahren in allen Straßen nur diesen ausreichenden Zustand anstrebe. Natürlich habe man auch neue Straßen in einem besseren Zustand, jedoch sei der Anteil der mit der Note 5 oder 6 bewerteten Straßen so groß, dass man froh sei, zunächst diese Straßen auf einen zumindest ausreichenden Zustand zu bringen.

Herr Komenda verweist auf die Kategorie 5 und 6, zu der 20 % der Straßen zu rechnen seien. Er möchte wissen, ob bei der weiteren Verschlechterung des Zustandes ggf. Zwangsmaßnahmen drohen würden.

Herr Hardt verweist auf die bestehende Verkehrssicherungspflicht. Eine griffige Handhabe ergebe sich nicht, weil man durch eine kurzfristige provisorische Ausbesserung in immer kürzerer Zeit jederzeit eine oft auch nur vorübergehende Verbesserung des Zustandes erreichen könne.

Herr Kamp fragt nach der Straßenaufbruchsdatenbank. Er möchte wissen, ob es in der Vergangenheit bereits Anlässe gegeben habe, darauf zurückzugreifen und ob es Fälle gegeben habe, den Verursacher dazu anzuhalten, die Straße neu zu teeren.

Herr Hardt verweist auf einige Maßnahmen, bei denen Reklamationen gemacht worden seien. Dies betreffe sowohl die Erstabnahme als auch Gewährleistungsfälle. Insgesamt zahle sich aus seiner Sicht die Pflege dieser Datenbank gut aus. Unabhängig davon gebe es immer wieder Einzelfälle, bei denen Straßenbauarbeiten nicht sorgfältig ausgeführt würden. So sei unlängst bei der Belkaw-Maßnahme in der Odenthaler Straße eine komplett neue Fahrbahndecke auf einer Länge von etwa 1500 m aufgetragen worden. Ganz aktuell sei bei der Straßenbaumaßnahme im Sperberweg die Decke komplett rausgefräst und erneuert worden.

Herr Ziffus verweist auf den Wiederbeschaffungszeitwert von 300 Millionen € für die städtischen Straßen. Üblicherweise beliefen sich die jährlichen Folgekosten auf 10 % dieser Summe. Die Hälfte davon wäre dann für den Unterhalt bereitzustellen. Dazu kämen natürlich die Nebenkosten wie

Beleuchtung usw. Es sei somit augenscheinlich, dass die im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen können und deutlich aufgestockt werden müssten.

Herr Kremer kündigt abschließend zum Infrastrukturausschuss eine Auskunft zu den Straßenbaumaßnahmen an, die mit einer Kanalbaumaßnahme verknüpft seien, um die Abhängigkeit vor allem in zeitlicher Dimension zu erläutern.

## 7 Freiraumkonzept Bergisch Gladbach 0445/2011

Herr Ziffus begrüßt zum Vortrag Frau Dr. Heyder und Frau Heinze von der Gesellschaft für Umweltplanung in Bonn.

Anhand des Vortrages werden die wesentlichen Punkte des den Ausschussmitgliedern vorliegenden Konzeptes unterstützt durch eine Präsentation vorgestellt.

Nach dem Vortrag ergeben sich folgende Wortbeiträge:

Herr Ziffus bedankt sich für den informativen Beitrag. Er betont die Wichtigkeit der Ausarbeitung. Aus seiner Sicht sei ihm aufgefallen, dass die Achse zwischen Bensberg und Gladbach und die zwischen Paffrath und Schildgen im Grünfächer der Regionale 2010 nicht enthalten sei. Darüber werde man sicher noch diskutieren müssen. Beispielhaft verweist Herr Ziffus ferner auf eine Zielformulierung, wonach der urbane Charakter der städtischen Kernflächen Stadtmitte, Schildgen, Bensberg, Refrath, Moitzfeld unter anderem durch eine ansprechende ökologische Grüngestaltung unterstrichen werde.

Herr Komenda möchte wissen, wie mit den im Konzept enthaltenen Anregungen (z. B. Anpflanzungen an Straßen) umgegangen werde.

Herr Schmickler beschreibt die unmittelbare planerische Funktion des Konzeptes. Das Konzept diene als Fachbeitrag zur Berücksichtigung von Umwelt- und Freiraumaspekten bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes und zeige Entwicklungsziele für ökologisch wertvolle und klimawirksame Flächen auf. Die darüber hinausgehenden Vorschläge beschrieben zunächst Vorstellungen und Wünsche, die sehr eng mit der Entwicklung der Haushaltslage verknüpft seien. Er möchte zwar grundsätzlich zunächst keine Erwartungen wecken, hält die Hinweise aber für Anregungen, auf die man zurückkommen könne.

Herr Dr. Fischer verweist auf die Wohnbaupotentialanalyse und die Gewerbeanalyse als Basis für den Flächennutzungsplan. Er fragt nach den Konflikten zum jetzt vorgelegten Konzept.

Nach Auskunft von Frau Dr. Werheit sei dies noch nicht abschließend geprüft, was aber auch erst bei der Aufstellung des Flächennutzungsplanes letztlich zu geschehen habe. Es dürfte kaum Flächen geben, die komplett konfliktfrei seien. Gerade bei großen Flächen mit gewerblicher Entwicklung werde man immer zu Abwägungen kommen müssen. Überwiegende Ziele müssten dann in den Fordergrund gestellt werden. Durch das Freiraumkonzept würden zunächst die Strukturen in der Stadt erfasst und die Zusammenhänge aufgezeigt. Konkret werde man mit diesen Erkenntnissen bei der Ausstellung des Flächennutzungsplanes umzugehen haben.

Herr Schmickler erinnert an die Funktion des Flächennutzungsplanes nach dem Baugesetzbuch. In diesem Gesetz sei das Abwägungsgebot ausdrücklich formuliert. Aufgabe der vorlaufenden Untersuchungen bis hin zum Stadtentwicklungskonzept sei es, Abwägungsmaterial zusammenzustellen, eine gewisse Vorsortierung vorzunehmen. Das Stadtentwicklungskonzept

selbst werde dabei Ziele formulieren und Rahmenbedingungen beschreiben. Insofern würden dann durch das Freiraumkonzept beim Abwägungsprozess keine wesentlichen Elemente für eine rechtssichere Abwägung fehlen.

Herr Schallehn regt an, die Karten detaillierter, insbesondere parzellenscharf zur Verfügung zu stellen. Nach Auskunft der Vortragenden seien die Unterlagen dort, wo es erforderlich sei, parzellenscharf gefasst. Soweit das Datenmaterial auf CD vorliege, müsste die Auflösung soweit anzupassen sein.

Herr Schmickler bittet um Berücksichtigung, dass es sich um Vorarbeiten für den Flächennutzungsplan handele. Dieser sei von seiner gesetzlichen Funktion her ausdrücklich nicht parzellenscharf. Wichtig sei der Pazellenmaßstab erst bei der detaillierten Umweltuntersuchung, die immer in der verbindlichen Bauleitplanung (Bebauungsplan) erfolgen müsse.

Herr Klein fragt nach den Kosten für die Erstellung des Freiraumkonzeptes. Außerdem möchte er Informationen über den praktischen Nutzen des Freiraumkonzeptes außerhalb der als Plangrundlage für den Flächennutzungsplan.

Herr Schmickler betont nochmals den Stellenwert des Flächennutzungsplanes. Es sei das zentrale planerische Instrument der gemeindlichen Flächenplanung, was sich aus § 5 des Baugesetzbuches ergebe. Damit werde die Flächenplanung der Stadt maßgeblich gesteuert.

Herr Ziffus unterstützt diese Sicht. Es sei kein vernünftiger Abwägungsprozess möglich ohne eine genaue Kenntnis der Grünrahmenplanung oder Freiraumplanung.

Herr Kamp begrüßt die vorgelegte Arbeit, vermisst jedoch die Lärmemissionen durch Flugbewegungen über den südlichen bzw. südwestlichen Stadtteilen. Auf seine weitere Frage, bestätigt Frau Dr. Heyder, dass der Landschaftsplan Südkreis für das vorliegende Konzept ebenfalls ausgewertet worden sei.

Herr Schmickler bekräftigt abschließend nochmals, dass für den Flächennutzungsplan, welcher das gesamte Gemeindegebiet umfasse, auch eine Datengrundlage vorhanden sein müsse, die das gesamte Gemeindegebiet umfasse. Der Landschaftsplan sei nur für Teile des Stadtgebietes aufgestellt und treffe für wesentliche Teile keine Aussagen. Notwendig seien daher ergänzende und vertiefende Untersuchungen. Diese lägen nun mit dem Freiraumkonzept vor.

Herr Ziffus stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Herr Kamp bittet um Einzelabstimmung der Unterpunkte des Beschlussvorschlages.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr beschließt einstimmig:

**1. Der Bericht zum Freiraumkonzept wird zur Kenntnis genommen.**

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr fasst bei einer Gegenstimme aus der Fraktion DIE LINKE./BfBB den Beschluss:

**2. Dem übergeordneten Leitbild wird zugestimmt.**

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr beschließt mit zwei Gegenstimmen (Fraktion DIE LINKE./BfBB sowie Fraktion Freie Wähler Bergisch Gladbach):

**3. Die Empfehlungen des Freiraumkonzeptes werden als fachliche Grundlage für die beabsichtigte Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes empfohlen.**



**8**            **Regionale 2010, Gestaltung des öffentlichen Raums - Stadtmitte West: Beschluss zu den Baumstandorten**  
*0366/2011*

Frau Müller-Veit führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Sie erinnert an die Wettbewerbsidee, auf deren Grundlage die Fußgängerzonen im Osten und im Westen als städtische Bereiche ausgeprägt seien und jeweils in den auslaufenden Abschnitten zum Ende der Fußgängerzone konzentriert Baumbepflanzungen in kastenartiger Form vorgesehen seien. Der eigentliche Geschäftsbereich sei eher weniger dicht bepflanzt gewesen.

In der Diskussion innerhalb der Politik wie auch mit Händlern und Hauseigentümern seien die Wünsche sehr vielfältig und sehr unterschiedlich gewesen. Von der schlichten Bitte, alle Bäume zu entfernen, bis hin zum Wunsch ganz viele Bäume anzupflanzen, sei das Spektrum weit gespreizt gewesen.

Aufgrund dessen sei eine Anpassung des Entwurfes vorgenommen worden. Schon die kastenartigen Bäume habe man nicht haben wollen. Es sollte der Baum in seinem Wuchs gesehen werden können. Der nächste Zwischenschritt habe den Erhalt aller Bestandsbäume vorgesehen und sei in dieser Form Grundlage für den Maßnahmenbeschluss. Geäußert sei dabei aber ausdrücklich der Wunsch, dass die zu erhaltenden Bäume bodenbündig gesetzt würden, also durch neue Bäume ersetzt würden.

Dieser Beschluss sei zum Anlass genommen worden, darüber nachzudenken, wie die neuen Baumstandorte aussehen könnten, weil die Bestandsbäume entweder in hohen Trögen gestanden hätten oder zumindest in einer Aufkantung.

Aus diesem Wunsch heraus habe der Planer einen neuen Vorschlag entwickelt. Ausgerichtet sei dieser nach den Kriterien, wie die Bäume eine Überlebenschance hätten und wie von den aus den örtlichen Zwängen der Fußgängerzone sich ergebenden Rahmenbedingungen (Leitungsverlegungen, Rettungswege insbesondere bei Marktaufstellung usw.) überhaupt Bäume gepflanzt werden könnten.

Frau Müller-Veit übergibt das Wort an den Planer, Herrn Fischer.

Herr Ziffus bittet diesen ergänzend zu den fachlichen Ausführungen, einige Worte zum Zeitungsartikel vom vergangenen Dienstag zu sagen.

Herr Fischer erklärt, dass der Artikel kurz und knapp zusammenfasse, wie sein Büro zu der derzeitigen Diskussionslage stehe. Zwar wisse er nicht, ob er Wort für Wort richtig wiedergegeben worden sei, grundsätzlich stehe er zu den Aussagen. Als Planer dürfe er gerade in einer Demokratie sagen, was er denke. Bisher habe er in Zusammenarbeit mit der Stadt Bergisch Gladbach, dies betreffe Politik und Verwaltung, ein Höchstmaß an Kooperation gezeigt. Die gelte auch in der Gegenwart.

Zur Intention des Wettbewerbsentwurfes verweist er auf das Ziel der Stärkung der Ränder mit Grün und eine Öffnung des Zentrums für die Geschäftswelt bzw. als Bereich für das Erlebnis Einkaufen. In diesem Zusammenhang sei probiert worden, alle Bäume zu erhalten. Dies sei allerdings gestalterisch unbefriedigend und technisch langfristig nicht haltbar. Insofern begrüßt er die Entscheidung für neue Bäume, die dann auch langfristig eine Überlebenschance hätten. In der Summe würde durch neue Bäume sehr viel mehr gewonnen, als verloren. Durch die Anordnung der Baumstellung sowie durch die Art der Pflanzung könne nun ein Lebensstandort geschaffen werden, wie er niemals im jetzt vorhandenen Bestand hätte erreicht werden können.

Der aktuelle Entwurf nehme das gesamte, stringente und sehr schlichte Gestaltungskonzept einer linearen Entwicklung auf und stärke im Bereich der Hauptstraße die Linearität, indem dort in Segmenten einzelne Baumabschnitte gebildet würden. Gleichzeitig würden Segmente frei gelassen, vor allem wo Wegeanschlüsse bestünden. Die Fußgängerzone definiere sich schließlich nicht als linearer Strang sondern als Wegenetz. Er möchte eine Einheitlichkeit erreichen, um auch den

Nebenstraßen eine Gewichtung zu geben. Damit solle diesen Bereichen ein Potential für Geschäfte gegeben werden, welches der Lebendigkeit im gesamten Zentrum zugute komme. Die Nebenstraßen seien daher stark mit Baumlinien bestückt. Die Mitte bliebe als Zentrum offen, aber es gebe eine Baumergänzung in Segmenten auf der Hauptachse sowie einen relativ starken Grünraum mit dem Baumhain auf dem Bahnhofsvorplatz. Insgesamt ergebe sich ein Konzept, welches sowohl dem Wunsch nach einer grünen Innenstadt Rechnung trage, als auch eine gestalterische Linearität ausdrücke.

Frau Müller-Veit ergänzt die Ausführungen um einen Konfliktpunkt im Bereich Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße und Poststraße. In einer Beiratssitzung sei der Wunsch geäußert worden, dort zusätzliche Bäume anzupflanzen. Der Planer und der Fachbeirat hätten vorgeschlagen, hier auf Bäume zu verzichten.

Herr Schmickler teilt mit, dass acht vorhandene Bäume aus dem Bereich Trotzenburgplatz und Konrad-Adenauer-Platz verpflanzt werden sollen an den Standort Saaler Mühle.

Herr Mömkes findet die vorgelegte Planung ansprechend und vernünftig. Er bittet jedoch, dem Wunsch des Beirates zu folgen und an der benannten Stelle Baumpflanzungen vorzunehmen.

Herr Zalfen zitiert den Ausschussbeschluss aus der Sitzung vom 17. März 2011, wonach der Antrag der SPD-Fraktion, alle Bäume aus der Fußgängerzone zu entfernen und durch neue zu ersetzen, angenommen worden sei. Er schließt sich dem Vorschlag von Herrn Mömkes an. Zusätzlich wären aus seiner Sicht noch Anpflanzungen im Bereich Trotzenburgplatz wünschenswert. Er bemängelt die Vergleichsrechnung in der Vorlage zur Anzahl der Bäume, da die gegenübergestellten Bereiche nicht identisch seien. Er hält aus diesem Grund ca. 10 weitere Bäume für anstrebenswert.

Herr Schallehn setzt sich ebenfalls für mehr Bäume in der Fußgängerzone ein und kritisiert die Vergleichsrechnung zu den Bäumen. Er fragt zudem nach der Notwendigkeit des benannten Baumabstandes von 17 Metern.

Herr Schmickler betont den grünen Charakter der Stadt. Diesen weiter zu erhalten, sei sicher ein allgemeines Ziel aller Beteiligten. Er schlägt vor, nicht in Einzelbaumzählungen einzutreten, sondern über konkrete Bereiche zu sprechen, bei denen eine Ergänzung vorstellbar wäre.

Der Abstand von 17 Metern ergebe sich aus der Notwendigkeit, für den Wochenmarkt einen Ausweichplatz zu finden, der halbwegs konzentriert sei. Große Marktstände hätten eine Länge von etwa 15 Metern. Die heutige Unterbringung in der Fußgängerzone sei u. a. aufgrund fehlender Rettungswege so nicht mehr tragbar.

Herr Schallehn fragt nach, wie viel Stände die Abstandfläche von 17 Metern benötigen.

Herr Schlaghecken bekräftigt die Notwendigkeit des beschriebenen Abstandes. Insgesamt seien ca. 12 bis 13 Marktstände betroffen.

Herr Galley fragt nach, wieso die Bäume in der Planung nun eher auf den südlichen Bereich gerückt seien und wie die Resonanz der Geschäftsinhaber sei, wenn Bäume vor Geschäften platziert würden.

Herr Fischer erläutert, dass im Bereich der bisherigen Baumstandorte Leitungen verlegt seien. Daher seien die Bäume auch vergleichsweise hoch gepflanzt worden. Auf der südlichen Seite ergeben sich vergleichsweise die größten Freiräume. Der Raumbedarf für den Wurzelbereich sehe ein Volumen von 1,5m x 1,5m x 1,5m vor.

Die Geschäftsinhaber hätten sich grundsätzlich eher gegen Anpflanzungen von Bäumen ausgesprochen. Dies ergäbe sich aus einer Reihe von Telefonaten. Da die Baumabstände aus den

bereits beschriebenen Gründen allerdings 17 Meter betragen, zudem der Abstand zur Fassade zwischen fünf und sieben Metern betrage, werde man sich als Geschäftsinhaber mit der neuen Situation anrangieren können.

Herr Kamp erkundigt sich nach den deutschen Baumnamen. Er begrüßt das Konzept, wünscht sich allerdings ebenfalls weitere Bäume vor dem Löwencentrum sowie im Bereich zwischen Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße und Poststraße. Den vorgesehenen Baumabstand von 17 Metern hält er für gut.

Herr Dr. Fischer hält den Vorschlag grundsätzlich für sehr gelungen, befürwortet allerdings die zusätzliche Einfügung einiger weiterer Bäume. Er stellt die Frage, ob der Planer dafür ebenfalls die Möglichkeit sehe.

Herr Fischer bekräftigt, dass er grundsätzlich nicht mehr Bäume pflanzen würde. Einige wenige könnten zwar noch untergebracht werden, schwierig werde es aber für den diskutierten Abschnitt zwischen Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße und Poststraße, wo die Leitungsdichte sehr erheblich sei. Vielleicht gäbe es aber die Möglichkeit, kleinere Leitungskorrekturen vorzunehmen und damit den nötigen Freiraum zu erhalten.

Herr Zalfen fragt an, ob nicht doch noch weitere Bäume untergebracht werden könnten. Es liege ihm daran, einen möglichst konkreten Beschluss zu fassen, damit ein eindeutiges Meinungsbild des Ausschusses deutlich würde.

Unter Hinweis auf eine eingereichte Unterschriftenliste spricht sich Herr Klein für die Lösung aus, eine ganze Menge mehr Bäume vorzusehen, um ein möglichst grünes Stadtbild zu erreichen.

Herr Ziffus bemängelt den reduzierten Baumbestand im Kernbereich der Fußgängerzone. Von 40 Bäumen blieben nur 14 übrig, 2/3 weniger als bisher. Aus seiner Sicht würden die großen Abstände zwischen den Bäumen dazu führen, dass die Bäume recht vereinzelt stünden. Das jetzige Bild mit den grünen Gruppen an Bäumen werde es dann nicht mehr geben. Er kritisiert, dass sich vom Konrad-Adenauer-Platz eine durchgehende Sichtachse zur RheinBerg Galerie ergebe und begrüßt den Vorschlag, die Lücke zwischen Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße und Poststraße tatsächlich zu füllen. Er schlägt insgesamt einen Kompromiss vor, der aus seiner Sicht bei 13 oder 14 zusätzlichen Bäumen liegen solle. Damit würde die Zahl von 63 Bäumen erreicht. Zudem würde damit den Bürgerinnen und Bürgern entgegen gekommen, die noch mit der Möglichkeit eines Bürgerbegehrens spekulieren. Er appelliert, die Kunst des Kompromisses zu suchen und diesen bei 13 zusätzlichen Bäumen zu finden, wie es auch in der Vorlage als Möglichkeit beschrieben sei.

Herr Höring betont den Charakter der Stadt als Stadt im Grünen. Was nun vorgesehen sei, sei ein ordentlicher Weg. Die Planung zeichne sich durch einen Baumband aus, welcher eine durchgehende klare Linie habe. Er spricht sich für einen Lückenschluss aus, ohne sich auf eine genaue Zahl festzulegen.

Herr Schmickler spricht sich für den Beschlussvorschlag von Herrn Höring aus.

Die Vorlage insgesamt zeichne verschiedene Möglichkeiten auf. Der jetzt erreichte Diskussionsstand sei aus seiner Sicht eine gute Kompromisslinie zwischen wichtigen Anforderungen an die bedeutendste Einkaufsstraße in der Stadt und dem Wunsch nach einer schönen grünen Gestaltung dieses Bereichs.

Herr Zalfen spricht sich für einen möglichst konkreten Beschluss zur Anzahl der zusätzlichen Bäume aus. Soweit gewünschte Standorte nicht möglich seien, bittet er jeweils um eine konkrete Begründung.

Frau Müller-Veit verweist nochmals auf das sehr dichte Leitungsnetz zwischen Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße und Poststraße. Aus ihrer Sicht seien möglicherweise technisch maximal zwei Baumstandorte möglich, ein dritter wäre schon kritisch. Dies wird von Herrn Fischer auf Nachfrage bestätigt. Frau Müller-Veit schlägt vor, zusätzlich den Wunsch aufzunehmen, an den Stellen wo es möglich sei, noch einen zusätzlichen Baum vorzusehen.

Auf Anregung von Herrn Zalfen sagt Herr Schmickler zu, die Bäume entsprechend dem Baufortschritt auszutauschen, um großflächige Abholzungen zu vermeiden.

Herr Ziffus stellt die Anträge zu Abstimmung:

**Der Beschlussvorschlag, 13 bis 14 weitere Bäume vorzusehen, wird bei zwei Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, FDP, DIE LINKE./BfBB, Freie Wähler Bergisch Gladbach bei Enthaltung der SPD abgelehnt.**

**Der Beschlussvorschlag der SPD, 10 weitere Bäume vorzusehen, wird bei Zustimmung durch die SPD sowie BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der CDU, FDP, DIE LINKE./BfBB und Freie Wähler Bergisch Gladbach abgelehnt.**

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr mit 14 Stimmen (Fraktionen CDU, SPD, FDP und Freie Wähler Bergisch Gladbach) gegen 3 Stimmen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB) den Beschluss:

**Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr beschließt das Baumstandortkonzept so, wie der Planer es im Plan dargestellt hat sowie den Lückenschluss der im Plan erkennbaren Freiräume in der Fußgängerzone durch weitere Baumanpflanzungen.**

## **9 Regionale 2010, Gestaltung des öffentlichen Raums - Stadtmitte West: Beschluss der Ausstattungselemente** *0451/2011*

Frau Müller-Veit führt in die Vorlage ein.

Es sollen die Punkte behandelt werden, die bisher noch nicht beschlossen worden seien.

Betroffen seien die Straßenbeleuchtung, die Bänke, die Papierkörbe und die Fahrradständer.

Herr Fischer stellt den Wert der Ausstattungselemente für den Gesamtentwurf heraus. Hinsichtlich der Bank schlägt er ein System aus drei verschiedenen Banktypen (ohne Rückenlehne, mit Rückenlehne, mit hoher Rückenlehne) vor. Alle Typen sollen in der Fußgängerzone verwendet werden. Neben der Funktionalität in drei verschiedenen Ausführungen überzeuge die Bank durch die Materialauswahl. Die Stahlbank sei mit Aluminiumprofilen ausgestattet, die mit einem Kunststoffüberzug versehen seien, wodurch sich ein guter Sitzkomfort ergebe. Hersteller sei die Firma Burri aus der Schweiz, wo die Bank häufig eingesetzt werde.

Ebenfalls vom gleichen Hersteller werde ein Müllbehälter angeboten, der sich nahtlos an die Gestaltung der Bänke anfüge. Beide Elemente ergänzen das Grundkonzept der Gestaltung der Fußgängerzone.

Frau Müller-Veit weist darauf hin, dass der Verwaltungsvorschlag für die Auswahl des Müllbehälters abweichend vom Vorschlag des Planungsbüros auf ein Modell mit abgeschrägter Oberfläche hinauslaufe, welcher ebenfalls als runder Behälter ausgeführt sei.

Herr Höring bittet um Begründung für die Investitionskosten von ca. 1000 € pro Behälter.

Herr Fischer erläutert das Preisgefüge für derartige Produkte. Bei der Anschaffung werde – gleich welcher Hersteller – mit einem Rahmen von 700 € bis 1000 € zu kalkulieren sein. Die mit der Herstellung zusammenhängende handwerkliche Arbeit habe eben ihren Preis, außerdem sei die Robustheit und damit Langlebigkeit der Produkte zu berücksichtigen. Er würde daher auf jeden Fall ein Qualitätsprodukt empfehlen, auch wenn dies zunächst eine höhere Kaufsumme bedeute. Auf lange Sicht sei dies aber der sparsamere Weg.

Herr Wagner fragt nach dem genauen Preisunterschied zwischen den einzelnen Modellen.

Herr Dr. Fischer bittet um Aufklärung zum Qualitätsunterschied und zur Höhe der Gesamtinvestition.

Herr Zalfen schlägt vor, den Abfallwirtschaftsbetrieb um eine Auskunft zur praktischen Handhabung zu bitten. Dies wird von Herrn Höring bekräftigt.

Frau Müller-Veit spricht sich aus gestalterischen Gründen für den Vorschlag des Planungsbüros aus. Allerdings sei die praktische Handhabung von wesentlicher Bedeutung. Sie bittet daher den Leiter des Abfallwirtschaftsbetriebes, Herrn Carl, um ergänzende Erläuterungen.

Herr Carl schätzt die Anschaffungssumme grundsätzlich auf ca. 700 € bis 1000 € pro Behälter. Der Abfallwirtschaftsbetrieb stelle naturgemäß die praktische Handhabbarkeit in den Vordergrund. Aus seiner Sicht sei es nicht sinnvoll, die Anzahl der Abfallbehälter zu reduzieren. Derzeit seien 24 Behälter aufgestellt. Gerade an Wochenenden bestünden oft Kapazitätsprobleme. Der Abfallwirtschaftsbetrieb plädiert daher für den größeren Behälter mit 100 Liter Inhalt. Daneben ergebe sich in einigen Bereichen die Notwendigkeit, ergänzend zum bisherigen Planentwurf für Standbehälter weitere Papierkörbe aufzustellen. In diesen Fällen erscheinen die Hängebehälter mit 45 Litern als sinnvoll. Es bleibe bei einer Linie, auch wenn unterschiedliche Größen verwendet würden.

Negativ bei dem vom Planungsbüro Fischer vorgeschlagenen Korbmodell sei aufgefallen, dass sich der Behälter nach außergewöhnlichen Belastungen (z.B. durch Personen) nicht wieder habe schließen lassen.

Wert werde weiter auf einen leichten Innenbehälter sowie einen komplett geschlossenen Innenbehälter gelegt. Das Produkt der Firma ESE sei mit einem leichteren Innenbehälter aus Kunststoff ausgestattet. Er würde daher im Ergebnis aus praktischen Erwägungen das Produkt der Firma ESE bevorzugen.

Herr Ziffus übergibt den Vorsitz an Herrn Mömkes.

Herr Krafft und Frau Bilo fragen nach der Dauerhaltbarkeit insbesondere zur Ummantelung der Bänke.

Herr Fischer kann positives von der Dauerhaltbarkeit der Bank berichten. Die Bank sei seit dem Jahre 2002 in der Schweiz in Benutzung. Eine Anfälligkeit für Schäden sei ihm nicht bekannt. Nach heutigen Gesichtspunkten könne von einer überdurchschnittlichen Lebenserwartung ausgegangen werden. Für den Schadensfall könne jedoch jeder einzelne Stab ausgetauscht werden.

Herr Schmickler fasst die Vor- und Nachteile der Modelle zusammen, danach ruft Herr Mömkes zur Abstimmung auf. Über die Beschlüsse zu den Sitzmöbeln, Papierkörben und Fahrradparkern wird einzeln abgestimmt.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr fasst bei 12 Ja-Stimmen (Fraktionen CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Freie Wähler Bergisch Gladbach) und 5 Nein-Stimmen (Fraktionen SPD und DIE LINKE./BfBB) folgenden Beschluss zu den Sitzmöbeln:

**Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr stimmt den von der Verwaltung vorgestellten Sitzmöbeln sowie deren vorgeschlagenen Platzierungen im Grundsatz zu.**

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr fasst bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB folgenden Beschluss zu den Papierkörben:

**Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr stimmt den von der Verwaltung vorgestellten Papierkörben sowie deren vorgeschlagenen Platzierungen im Grundsatz zu.**

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr fasst bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB folgenden Beschluss zu den Fahrradparkern:

**Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr stimmt den von der Verwaltung vorgestellten Fahrradparkern sowie deren vorgeschlagenen Platzierungen im Grundsatz zu.**

Vor der Beschlussfassung über die Lampen ergibt sich weiterer Beratungsbedarf.

Herr Ziffus übernimmt wieder die Sitzungsleitung.

Herr Kamp fragt, wieso sich die Verwaltung noch nicht abschließend um die Einwilligung der betroffenen Hauseigentümer gekümmert habe.

Frau Müller-Veit berichtet über die bisherigen Bemühungen. Zu einer Veranstaltung mit den Hauseigentümern seien allerdings nur wenige Betroffene erschienen. Das Thema müsse daher unbedingt kurzfristig angepackt werden. Es sei beabsichtigt, alle diejenigen, die sich negativ geäußert hätten, einzeln aufzusuchen.

Herr Fischer erläutert kurz das Beleuchtungskonzept. Die Leuchtpunkte befänden sich in einem Abstand von 25 Metern und würden mit Seilen quer über die Straße fixiert. Die Ausführungsplanung entspreche damit grundsätzlich dem Stand des Wettbewerbs.

Herr Höring stellt für die CDU-Fraktion die Zustimmung zum Konzept in Aussicht. Bedauerlich sei aus seiner Sicht, dass heute nicht klar sei, wie es mit der Zustimmung zu diesem Konzept bei den Hauseigentümern aussehe. Wichtig sei aus seiner Sicht ein einheitliches Bild. Die Zustimmung sollte daher an die Bedingung geknüpft werden, dass 2/3 der Hauseigentümer das Vorhaben mittragen. Ansonsten wäre das Thema in der nächsten Sitzung erneut aufzugreifen.

Herr Schallehn bittet um die in der Vorlage angekündigte Information zu den LED-Leuchten.

Herr Schmickler gibt bekannt, dass der Hersteller angekündigt habe, zum Zeitpunkt der Anbringung der Leuchten auch eine Version mit LED-Leuchtmitteln liefern zu können. Es handle sich um den bekannten Hersteller Trilux.

Außerdem liege im Foyer ein mit LED-Elementen bestücktes Modell der Firma Philips zur Besichtigung, um die optische Gestaltung der LED-Einheit zu zeigen. Nach Auskunft dieser Firma sei es möglich, die Module auszutauschen. Damit könnte bei einem weiteren technischen Fortschritt aufgerüstet werden.

Herr Ziffus verweist auf den Blendeffekt der Lampe, soweit man zum Leuchtkörper schaut.

Herr Schacht spricht sich dafür aus, die neueste Entwicklungsstufe der LED-Leuchten einzusetzen.

Herr Zalfen fragt nach den Schwingungen der Seilkonstruktion. Außerdem fragt er nach einem Plan B, wenn die Einwilligung der Hauseigentümer nicht in ausreichender Zahl zu erreichen sei.

Herr Kamp äußert seine Enttäuschung, dass heute von der Verwaltung noch keine konkreteren Aussagen zum endgültigen Verhalten der Hauseigentümer gemacht werden können. Es wäre genügend Zeit gewesen, dieses Problem zu klären. Unter diesen Voraussetzungen könne er eine Entscheidung heute verantwortungsbewusst nicht treffen.

Herr Dr. Fischer unterstützt die Position von Herrn Kamp. Er fragt, ob heute überhaupt entschieden werden könne.

Herr Schmickler weist auf die Vielzahl der geführten Gespräche hin. Mit der ISG und einer Reihe von Vertretern aus der Straße seien zahlreiche Gespräche geführt worden. Deutlich sei dabei der allgemeine Wunsch gewesen, mit möglichst wenigen Masten auszukommen. Dagegen sei an den Fassaden bereits eine Vielzahl von Installationen angebracht. Falls Schäden eintreten sollten, trete die städtische Haftpflichtversicherung ein. Wichtig erscheine ihm besonders, dass mit einem eindeutigen Ausschussvotum jetzt auf die Hauseigentümer zugegangen werden könne. Insgesamt beurteilt er die Aussichten als gut, zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen.

Soweit die Einwilligung der Hauseigentümer nicht im nötigen Umfang zu erreichen sei, würde in einzelnen Fällen mit Masten gearbeitet. Damit müsse an einigen Stellen ohnehin gearbeitet werden, weil die räumlichen Umstände keine andere Lösung zuließen.

Er erbittet daher ein klares Votum, um auf die Hauseigentümer zugehen zu können und eine freiwillige Zustimmung zu erreichen.

Herr Dr. Fischer fragt, ob der Vorstand der ISG zum Konzept steht. Dies bestätigt Herr Schmickler.

Herr Zalfen fragt nochmals nach den Schwingungen der Seilanlage.

Herr Fischer schätzt die Schwingungen als nicht sehr erheblich ein. Die Ausschläge dürften sich im Zentimeterbereich bewegen. Er verweist dabei auch auf die Erfahrungen in anderen Städten.

Herr Ziffus ruft zur Abstimmung auf.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr fasst mit 15 Stimmen (Fraktionen CDU, SPD, FDP und Freie Wähler Bergisch Gladbach) gegen 2 Stimmen (1 Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Fraktion DIE LINKE./BfBB) und 1 Enthaltung (1 Stimme der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) den Beschluss:

**Unter der einschränkenden Bedingung, dass 2/3 der Hauseigentümer der Fußgängerzone der vorgestellten Hängebeleuchtung zustimmen, stimmt der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr der vom Planungsbüro Fischer vorgeschlagenen Ausführung der Straßenbeleuchtung, insbesondere der Befestigungsmethode mittels Verankerung an Fassaden und der Aufstellung von Masten zu. Stimmen nicht mindestens 2/3 der Hauseigentümer der Fußgängerzone der vorgestellten Hängebeleuchtung zu, ist der Ausschuss in einer weiteren Sitzung erneut zu beteiligen, um nochmals über die Hängebeleuchtung abzustimmen.**

**10**      **Regionale 2010, Gestaltung des öffentlichen Raums - Stadtmitte Ost: Beschluss der Ausstattungselemente**  
*0458/2011*

Frau Müller-Weit führt kurz in den Tagesordnungspunkt ein. Es stehe die Ausschreibung an, daher müsse nun ein Beschluss gefasst werden. Sie übergibt das Wort an Herrn Kehl vom Planungsbüro Loidl.

Herr Kehl erläutert in einem kurzen Vortrag die ausführliche und bebilderte Sitzungsvorlage zu den Punkten Beleuchtung, Sitzmobiliar, Papierkörbe und Fahrradparker.

Herr Ziffus bedankt sich für den Vortrag und spricht sich für den vorgestellten Entwurf aus. Herr Zalfen schließt sich der Meinung an.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, wird zur Abstimmung aufgerufen.

Es wird mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB folgender Beschluss gefasst:

**Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr beschließt die Ausstattung für die Stadtmitte Ost wie in der Vorlage beschrieben.**

**11**      **Maßnahmebeschluss über die mit EFRE geförderten Maßnahmen in Herrenstrunden im Rahmen des Regionale 2010 Projektes - RegioGrün " Entlang der Strunde" -**  
*0460/2011*

Herr Klostermann stellt den verantwortlichen Landschaftsarchitekten, Herrn Alexander Nix (Landschaftsarchitekt BDLA), vom Büro CONTUR 2 vor.

Herr Nix referiert anschließend über das Freiraumentwicklungskonzept für Herrenstrunden und die zu beschließende Ausbauplanung. Teile der verwendeten Präsentation sowie die Planung für die Pulvermühle und den Radwegelückenschluss sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Herr Ziffus dankt Herrn Nix für den informativen Vortrag.

Herr Klein möchte wissen, wie teuer der Umbau an der Strundequelle gewesen sei und ob das Gesamtprojekt auch der Bürgerschaft vorgestellt worden sei.

Herr Buchen dankt Herrn Nix ebenfalls für die Präsentation. Er erinnert an den am vergangenen Wochenende stattgefundenen Tag der Strunde, wozu alle Bürgerinnen und Bürger eingeladen worden seien. Dort habe man sich umfassend informieren können. Neben den Entwicklungsschwerpunkten in der Innenstadt, die sich aus der Regionale 2010 ergäben, werde durch das eben beschriebene Vorhaben deutlich, dass auch im eher ländlichen Bereich etwas geschehe. Dies sei zu begrüßen, weil Herrenstrunden durch die Umsetzung der Planung noch schöner werde und damit als Ausflugsziel noch attraktiver werde.

Herr Schmickler betont, dass es wohl keine Stelle in der Stadt gebe, bei der die Bürgerschaft sich so intensiv und konstruktiv mit den Planungen auseinandergesetzt habe. Allen Beteiligten aus diesem Bereich bis hin zum Bürgerverein sei für dieses Engagement sehr zu danken. Es sei außerordentlich und vorbildlich.



Herr Ziffus und Herr Kamp bekräftigen diese Aussage, anschließend wird zur Abstimmung aufgerufen.

Es ergibt sich einstimmig folgender Beschluss:

**Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr beschließt die Umsetzung der EFRE-Fördermaßnahmen (EFRE = Europäischer Fonds für regionale Entwicklung) im Regionale 2010 Projekt RegioGrün „Entlang der Strunde“ mit den Maßnahmen Herrenstrunden, Pulvermühle und Radwegelückenschluss. Die Kosten betragen brutto 426.550 €; der städtische Eigenanteil in Höhe von 20 % beträgt 85.310 € verteilt über die Jahre 2011 bis 2015.**

**12            Aufhebung der Sondernutzungssatzung-Wahlsichtwerbung**  
*0447/2011*

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr fasst einstimmig den Beschluss:

**Die Satzung über die Sondernutzung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze im Gebiet der Stadt Bergisch Gladbach durch Sichtwerbung im Zusammenhang mit Wahlen – Sondernutzungssatzung-Wahlsichtwerbung– wird aufgehoben.**

**13            III. Nachtragssatzung zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für**  
**Sondernutzungen an öffentlichen Straßen -Sondernutzungssatzung-**  
*0452/2011*

Herr Zalfen hält es für bedenklich, den Bürgern, die in den nächsten Jahren durch den Staat gezwungen würden, Kanal-Dichtheitsprüfungen und eventuell daraus resultierende Kanalhausanschlussanierungen auf eigene Kosten durchzuführen, für die Straßenaufbrüche noch weitere Kosten in Form einer Sondernutzungsgebühr aufzuerlegen.

Das Verwalten der Straßenaufbrüche stelle eine Dienstleistung der Stadt dar und legitimiere dementsprechend dazu, für diese Leistung Gebühren zu erheben, entgegnet Herr Kremer. Den meisten Bürgern sei nicht bewusst, dass ihnen der Kanalabschnitt zwischen Hauptkanal und Hausanschluss gehöre.

Herr Zalfen fragt nach, ob das Satzungsrecht hergebe, dass die Maßnahmen im öffentlichen Interesse lägen und die Kosten aus diesen Bereichen auf die anderen Gebühren im Bereich Straßenaufbrüche umgelegt werden könnten, um den Bürgern das Signal zu geben, dass ihnen nicht noch mehr aufgebürdet werde.

Herr Kremer kündigt an, diese Frage schriftlich zu beantworten.

Herrn Dr. Fischer Frage, ob es rechtssicher sei, dass die Bürger die Kanalabschnitte nicht nur bis zur Grundstücksgrenze sondern bis zum Hauptkanal sanieren müssen, bejaht Herr Kremer.

Herr Kamp spricht sich für Herrn Zalfens Idee aus, die Kosten auf andere Positionen zu verteilen. Er appelliert an den Ausschuss bürgernah zu reagieren.

Herr Schmickler stellt klar, dass nicht zwingend für jede Dienstleistung Gebühren erhoben werden müssten. Sollte sich der Ausschuss dafür aussprechen, für die Straßenaufbrüche keine Gebühren zu erheben, müssten die entstehenden Kosten aus den allgemeinen Deckungsmitteln des städtischen Haushalts getragen werden. Der Verwaltungsaufwand sei faktisch vorhanden. Für diese Maßnahmen müsse in den fließenden Verkehr und in vorhandene Straßenkörper eingegriffen

werden, es bestünde vor allem wegen der vielen privaten Aufbrüche ein hoher Beratungsbedarf. Es sei sogar eine Stelle extra für die Thematik der Kanaldichtheitsprüfungen eingerichtet worden. Von daher sei es sinnvoll, die Gebühren zu erheben.

Herr Mömkes schließt sich seinen Vorrednern an und empfindet die Gebührenveranschlagung als wenig bürgerfreundlich.

Herr Zalfen beantragt, die Entscheidung über die Gebührenerhebung der Straßenaufbrüche (Gebührentarifziffer B.27.) in den Rat zu verschieben.

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr fasst einstimmig den Beschluss:  
**Die Entscheidung über die Gebührentarifziffer B.27. wird in den Rat verschoben.**

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr fasst folgend einstimmig den Beschluss:  
**Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr nimmt die Erfahrungsberichte zur Plakatierung und Wahlsichtwerbung im Stadtgebiet und die Sachverhaltsdarstellung zur Abrechnung der Aufbrüche für die anstehenden Kanal-Dichtheitsprüfungen zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt Bergisch Gladbach, die in der Sitzung vorgestellte III. Nachtragssatzung zur Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen –Sondernutzungssatzung- ausgenommen der Gebührentarifziffer B.27. zu beschließen.**

### **13.1 Neuregelung der Nachtflugbeschränkungen am Flughafen Köln/ Bonn,** **Kernruhezeit im Passagierflugverkehr** *0478/2011*

Herr Schallehn betont, dass seine Fraktion den Vorschlag, eine Neuregelung der Nachtflugbeschränkungen am Flughafen Köln/Bonn einzuführen, positiv finde, dass sie allerdings die gleiche Regelung wie am Flughafen Düsseldorf vorschlägen, von 23:00 Uhr bis 06:00 Uhr.

Herr Kamp teilt mit, dass die Probleme in Refrath nicht aufgrund der Passagiermaschinen, sondern aufgrund der Frachtmaschinen bestünden und diese würden nachts fliegen. Die vorgeschlagene Lösung würde somit der Refrather Bevölkerung nicht zu Gute kommen. Jeden Morgen um 04:00 Uhr komme eine Frachtmaschine mit den alten Triebwerken und fliege einmal komplett über Refrath. Das sei das Hauptproblem. Die Passagiermaschinen seien völlig unerheblich und so viele würden abends nicht starten. Hauptsächlich würden nachts die Frachtmaschinen starten.

Herr Ziffus bringt sich ein, da die gleichen Frachtmaschinen etwa drei Stunden früher über seine Wohnung in der Laurentiusstraße fliegen, zur Landung ansetzen und dann wieder starten würden.

Herr Widdenhöfer stellt klar, dass die Verwaltung nicht frei über die Bitte der Landesregierung hinausgehen könne. Es wäre ein erster ganz wichtiger Schritt, die Kernruhezeit gemeinsam zu erreichen. Die Landesregierung gehe jetzt hin und frage alle betroffenen Kommunen und natürlich die Fluggesellschaften, ob es eine positive Resonanz für die Neuregelung der Nachtflugbeschränkungen gebe. Es werde ohnehin schon schwer, allein diese geringe Forderung durchzusetzen. Herr Widdenhöfer hält es für bedenklich, dass die Stadt Bergisch Gladbach jetzt fordern möchte, den Flugverkehr von 23:00 Uhr bis 06:00 Uhr einzustellen oder auf Frachtflugzeuge zu verzichten, da dadurch schon dieser kleine Schritt, der auf der heutigen Vorlage stehe, gefährdet werden könne. Deswegen würde er raten, in kleinen Schritten vorzugehen. An Herrn Kamp gerichtet teilt Herr Widdenhöfer mit, dass es nicht ganz unwesentlich sei, diese Forderung zu stellen, da es sich immerhin um 35 % der Flugzeuge handle, die nachts raus

genommen werden würden. Er stimme aber zu, dass es ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung sei.

Herr Galley betont, dass es jetzt zum aller ersten Mal nach ganz vielen Jahren ein Schritt in die Richtung sei, die sich die SPD-Fraktion immer von verschiedenen Landesregierungen gewünscht habe und das die SPD-Fraktion froh sei, dass dieser Schritt endlich gegangen werde. Insgesamt solle das Engagement nicht nachlassen, damit für die Bürgerinnen und Bürger noch bessere Regelungen erreicht werden könnten.

Herr Ziffus fragt, ob es richtig sei, dass die Landesregierung nicht alleine entscheiden könne, sondern dass diese noch die Zustimmung des Bundesverkehrsministeriums bräuchte.

Das sei richtig, da dies bundesgesetzlich so vorgesehen sei, und es gebe von dort bereits erste kritische Stimmen, antwortet Herr Widdenhöfer. Man würde jetzt erstmal die Entscheidung zum Flughafen Frankfurt abwarten, um sich dann noch einmal dazu zu äußern. Aber man könne daran erkennen, dass es sehr schwer sei, alleine diesen Punkt durchzusetzen.

Bevor dieser Punkt beendet würde, möchte Herr Widdenhöfer noch auf einen anderen Punkt im Zusammenhang mit dem Fluglärm eingehen, da er es für sehr wichtig halte, ein Votum des Ausschusses zu hören. Nach fast 11-jährigem Rechtsstreit eines Anliegers der Terrassenstadt, unterstützt durch die Lärmschutzgemeinschaft, habe der Flughafen einen Vergleich angeboten bezüglich der Finanzierung von Schallschutzmaßnahmen. Dieser sei angenommen worden. Herr Widdenhöfer findet, diese Finanzierung solle nicht nur singulär auf diesen einen Anlieger bezogen werden, sondern die Verwaltung solle mit Ihrer Unterstützung fordern, dass der Flughafen jetzt auch für alle anderen Anlieger der Terrassenstadt, die in den neuen Lärmschutzzonen lägen, Schallschutzmaßnahmen finanziere. Wenn er dieses Votum bekäme, würde er dies an den Flughafen weiter geben.

Herr Ziffus schaut in die Runde und sieht allseitiges Nicken und Beifall. An Herrn Widdenhöfer gewandt sagt Herr Ziffus, dass er davon ausgehe, dass damit dieses Votum akzeptiert sei.

Daraufhin fasst der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr einstimmig den Beschluss: Der vom Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen geplanten Neuregelung der Nachtflugbeschränkungen, Einführung einer Kernruhezeit im Passagierflugverkehr zwischen 0:00 Uhr und 05:00 Uhr, wird zugestimmt.

## **14 Anträge der Fraktionen**

### **14.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 02.05.2011 auf freies Parken für Elektroautos** *0443/2011*

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr fasst mit 14 Stimmen (Fraktionen CDU, SPD, FDP und Freie Wähler Bergisch Gladbach) gegen 3 Stimmen (Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE./BfBB) den Beschluss:

**Der Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB auf freies Parken für Elektroautos wird abgelehnt.**

**14.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.06.2011 für Radfahrer die Befahrung der Laurentiusstraße in beide Richtungen in voller Länge zu erlauben**  
0462/2011

Herr Ziffus führt zum Antrag aus, dass die Laurentiusstraße eine wichtige Erschließungsstraße Richtung Hebborn sei. Derzeit würde der einseitige Fahrradweg entlang der Straße entgegen der Regelung von Fahrradfahrern aus beiden Richtungen befahren. Dadurch würden die Fahrradfahrer aus der verbotenen Richtung auf den Fußweg oder die Straße ausweichen, was zu gefährlichen Situationen führe. Die Umsetzung des Antrags auf beidseitige Fahrradbefahrung der Laurentiusstraße sei realisierbar, weil die Straße breit genug sei. Es würden dann zwar 10 Parkplätze wegfallen, aber dafür gebe es in der Nähe das Parkhaus des evangelischen Krankenhauses, was nie komplett ausgelastet sei.

Herr Zalfen kündigt an, dass die SPD-Fraktion dem Antrag zustimmen werde, weil sie der Meinung sei, dass die Radwegesituation in der Innenstadt verbessert werden müsse.

Herr Widdenhöfer erinnert, dass die Verwaltung, sobald sie offiziell die Radwegeführung in beide Richtungen frei geben würde, mehrere Gefahrenquellen schaffen würde. Da sie die Verkehrssicherungspflicht trage, müsse sie dafür sorgen, dass kein Verkehrsteilnehmer gefährdet würde, was bei dem Straßenverlauf der Laurentiusstraße mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sei.

Ergänzend führt Herr Uttich aus, dass er die Radwegeführung in die entgegengesetzte Richtung selbst ausprobiert habe und festgestellt habe, dass das viele Gefahren beinhalte. Man müsse daran denken, dass nicht nur geübte Fahrradfahrer auf der Strecke fahren würden, sondern z.B. auch Kinder, die die Strecke zur Schule nutzen würden.

Er könne nachvollziehen, dass eine beidseitige Fahrradführung nicht einfach herzustellen sei, schließt sich Herr Zalfen den Ausführungen an. Aber er meint, dass die Laurentiusstraße nicht zu den Hauptverkehrsachsen gehöre und das Tempo deshalb durch bauliche Maßnahmen oder Schilder reduziert werden könnte, so dass die Gefahrenquellen für die Fahrradfahrer verringert würden.

Herr Dr. Fischer verkündet, dass die FDP-Fraktion den Antrag ablehnen werde, weil sie keine zusätzlichen Gefahrenquellen produzieren möchte. Er schlägt vor, zu prüfen, ob es für Fahrradfahrer einen anderen Verbindungsweg in die Stadtmitte geben könnte.

Im Anschluss beschließt der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr mit 11 Stimmen (Fraktionen CDU, FDP, Freie Wähler Bergisch Gladbach und DIE LINKE./BfBB) gegen 6 Stimmen (Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

**Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, für Radfahrer die Befahrung der Laurentiusstraße in beide Richtungen in voller Länge zu erlauben, wird abgelehnt.**

*Anmerkung: Herr Kohlschmidt verlässt die Sitzung.*

**14.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 20.06.2011 bei der Neuregelung der Fahrtrichtung in der Straße Vollmühlenweg dafür zu sorgen, dass Radfahrer die Straße in beide Richtungen befahren können**  
0442/2011

*Anmerkung: Herr Karakus verlässt die Sitzung.*

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr beschließt einstimmig:

**Der Antrag wird auf die Sitzung verschoben, in der der Verkehrsknoten Odenthaler Straße/Hauptstraße beraten wird.**

## **15            Anfragen der Mitglieder**

Herr Galley:

Es gibt seitens der KVB in Köln, Planungen bezüglich der Fahrkontakte der Linien 1 bzw. aller Linien in Köln, den Fahrkontakt zu erhöhen. Nach meinem Kenntnisstand sieht das zurzeit so aus, dass ab Dezember der Takt für jede Linie am Wochenende, nach 01:00 Uhr verdoppelt werden soll, d.h. statt jede Stunde auf jede halbe Stunde und ab Mai zwischen 23.00 Uhr und 01.00 Uhr anstatt 30-minütlich, 15-minütlich. Die Stadt Köln plant in aller Regel nur bis Brück, aber der Kreis scheint durchaus schon in irgendeiner Art und Weise involviert zu sein. Daher meine Frage, ob von unserer Seite aus oder von der Stadtverkehrsgesellschaft, geplant ist, sich in diesen Verhandlungen zu beteiligen, mit dem Ziel die Fahrplantaktung auch für Refrather und Bensberger Bürger und Bürgerinnen zu erreichen.

Herr Schmickler antwortet, dass er in absehbarer Zeit mit dem Kreis über verschiedene Fragen des ÖPNV sprechen werde. Der Kreis sei zuständiger Verkehrsträger und finanziere die Linie 1 jährlich mit einem siebenstelligen Betrag. Er müsse daher die endgültigen Entscheidungen treffen. Insofern würde es keinen Alleingang der Stadtverkehrsgesellschaft oder der Stadt Bergisch Gladbach geben können. Nach Absprache mit dem Kreis könne geschaut werden, ob die Verbesserungen finanzierbar seien.

Herr Zalfen:

Ich habe zwei Fragen, gerne mit schriftlicher Beantwortung.

Wer zieht im EVK die Gebühren im Parkhaus ein und wer bekommt die Einnahmen? Das Ganze ist ja mit Parkplatzablösen bezahlt worden.

Meine zweite Frage: Wie ist der Stand der Verhandlungen über die Finanzierung der Öffnung der Bensberger Fußgängerzone?

Herr Klein:

Ich bitte um schriftliche Beantwortung der drei Fragen, die mir heute nicht beantwortet werden konnten.

Wie hoch waren die Kosten des Freiraumkonzeptes?

Wie wird die Verwaltung die Mehrkosten für den Baumbesatz finanzieren (von den eventuell anfallenden 50.000,00 Euro)?

Wie hoch sind die Kosten für die Neugestaltung der Strundequelle, nicht die Gesamtkosten?

Herr Mömkes:

Ich habe drei Fragen. Die erste Frage betrifft die Feuerwache in Refrath. Seit einiger Zeit tut sich da so gut wie nichts mehr. Warum ist das so? Der Rohbau ist teilweise fertig gestellt, teilweise noch nicht. Es gibt noch keine Fenster. Man hat, glaube ich, schon ein Tor eingesetzt. Man sieht aber so gut wie nie einen Menschen auf der Baustelle.

Zweite Frage: Wann endet endlich diese fürchterliche Kanalbaustelle an der Oberen Hauptstraße?

Dritte Frage: Hat die Verwaltung im Blick, dass bei der Einfahrt zum Trotzenburgplatz von der Straße An der Gohrmühle aus, weiterhin eine Befahrbarkeit bis zur Post möglich sein sollte, nachdem die Fußgängerzone umgestaltet wurde? Dort ist ein sehr hoch frequentiertes Gebiet, wo

die Bürger Post abholen bzw. wegbringen. Anderweitig sind für die Postgänge keine Parkplätze zur Verfügung gestellt.

Herr Kamp:

Ich möchte fragen, ob es in der Verwaltung schon Zahlen bezüglich der Erhöhung oder dem Ausweiten bis 20:00 Uhr in der Parkbewirtschaftung gibt? Hat sich dies gelohnt auch im Vergleich zu den Personalkosten? Meine Beobachtung ist, dass wenn die Geschäfte wie z.B. in Refrath um 18:30 Uhr schließen, keiner mehr auf den städtischen Parkplätzen steht. Ich glaube, da müssen wir noch mal nachdenken.

Herr Widdenhöfer informiert, Anfang nächsten Jahres würde diese Auswertung vorgelegt werden, da er dann genaue Zahlen bekomme. Er könne jetzt nur einen Momentbericht geben. Es sähe nicht besonders gut aus, da die Parkplätze in den Abendstunden deutlich leerer seien und sehr viele Bürger in private Parkhäuser fahren würden, zum Beispiel in die RheinBerg Galerie.

Herr Buchen:

Meine Anfrage betrifft die Gestaltung der Verkehrsinsel an der Kreuzung an der Autobahnauffahrt Moitzfeld. Dort wurde mit Steinen und irgendeinem Material ein Bach angelegt. Jetzt bin ich angesprochen worden, ob es sich bei dem Material des Baches um Glas handele, weil das so aussieht wie gebrochenes Glas. Mich würde interessieren, ob es sich hierbei wirklich um Glas handelt?

Vielleicht ist dieses Vorhaben gut gemeint, ist aber optisch doch nicht das Wahre.

**15.1 Anfrage des Stadtverordneten Herrn Dr. Ulrich Steffen vom 19.08.2011 zur Radwegeführung im Westen der Innenstadt**  
*0454/2011*

Auf Herrn Hörings Frage, ob man für die Fahrzeuge, die auf den Fotos verkehrswidrig geparkt haben, im Nachhinein noch Bußgeldbescheide verschicken könne, antwortet Herr Schmickler, dass die Ordnungswidrigkeiten mittlerweile verjährt seien.

**15.2 Anfrage des Stadtverordneten Herrn Dr. Ulrich Steffen vom 29.08.2011 über Anrampungen auf Höhe der Geschäftseingänge in der neu gestalteten Hauptstraße**  
*0441/2011*

Herr Ziffus fragt, ob es richtig sei, dass an den höher liegenden Eingängen in der Fußgängerzone 10 cm hohe Steine als Anrampung angebracht würden. Dann könnte man nicht mehr direkt an den Schaufenstern vorbei gehen, ohne aufzupassen, dass man nicht über die Anrampungen stolpere.

Die Steine würden abgerundet, so dass keine 10 cm hohe Stolperfalle entstünde sondern eine Ansteigung bzw. Absenkung.

Herr Dr. Fischer unterbreitet den Vorschlag, bei kritischen Hauseingängen, die Gebäude auf Kosten der Stadt herunter zu legen.

Daraufhin schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 21:00 Uhr.

---

Vorsitzender

---

Schriftführung